



# Dem Kanton Baselland drohen Steuererhöhungen

**Zum dritten Mal in Folge schreibt der Kanton Baselland tiefrote Zahlen. Nun scheint einzutreten, wovor die Liga der Baselbieter Steuerzahler bereits vor einem Jahr gewarnt hat: Die untaugliche Defizitbremse könnte den Kanton paradoxerweise zu Steuererhöhungen zwingen! Die Liga fordert nun ein wirksames, strukturelles Sparpaket.**

Ende September kündigte die Baselbieter Regierung an, dass das Budget 2011 ein Defizit von mehr als 20 Millionen Franken ausweist. Somit wird der Kanton zum dritten Mal hintereinander tiefrote Zahlen erwirtschaften. Dies, obwohl, wie bereits 2009, ein zweistelliger Millionenbetrag an Eigenkapital eingeschossen wird. Begründet werden die roten Zahlen unter anderem mit steigenden Personalkosten und ausserordentlichen Investitionen.

## Ausserordentliche Ausgaben verlangen ausserordentliches Sparen

Doch es ist eine Binsenwahrheit: Wer ausserordentliche Ausgaben hat, muss in andern Bereichen auch ausserordentlich sparen! So ergeht es uns im täglichen Leben, und so soll es auch dem Kanton in seiner Finanzplanung ergehen. Auch manch ein Steuerzahler musste in der Wirtschaftskrise seinen Gürtel enger schnallen. Sicherlich ist es nun nicht Zeit für unüberlegte Schnellschüsse. Aber es ist höchste Zeit für ein solides, wirkungsvolles Sparpaket, das insbesondere die strukturellen Kosten senkt.

Eine zusätzliche bittere Pille für den Kanton ist, dass er ab nächstem Jahr beim



eidgenössischen Finanzausgleich von einem Nettozahler zu einem Nettoempfänger wird.

## Baselland wird ab sofort zu den finanziell strukturschwächeren Kantonen gehören.

Dies bedeutet nichts anderes, als dass der Kanton Baselland ab sofort zu den finanziell strukturschwächeren Kantonen gehört – zusammen mit beispielsweise vielen Bergkantonen, welche oft durch natürliche Hindernisse in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit behindert sind. Dies kann für den Kanton und Wirtschaftsstandort

Baselland nicht der Massstab sein, an dem er sich messen will.

## Defizitbremse ist keine Ausgabenbremse

Die 2008 eingeführte Defizitbremse ist untauglich und erzielt nicht die gewünschte Wirkung. Eigentlich sollte sie unverhältnismässige Auswüchse bei den Kantonsausgaben verhindern und präventiv wirken. Doch paradoxerweise droht zurzeit das Gegenteil: Sie könnte den Kanton zu Steuererhöhungen zwingen!

Tritt ein Defizit ein, so sieht die Defizitbremse grundsätzlich drei verschiedene Massnahmen vor: Erstens soll auf der Ausgabenseite nach Sparpotenzial gesucht werden. Ist der ganze Handlungs-

spielraum ausgeschöpft, muss das Defizit durch Eigenkapital gedeckt werden, das in fetten Jahren angespart wurde.

Doch seit die Defizitbremse in Kraft ist, konnte und wollte man noch gar nicht viel Eigenkapital ansparen. Angesichts der sich abzeichnenden Defizite wird dieses Geld

*Fortsetzung auf Seite 2*

## wissen

### Was ist eine Defizitbremse?

Die 2008 beschlossene Defizitbremse sieht im Falle eines Defizits drei Regeln vor:

1. Ein Aufwandüberschuss im Budget ist in einem ersten Schritt durch Massnahmen auf der Aufwandseite auszugleichen.

2. In einem zweiten Schritt ist ein Aufwandüberschuss im Budget durch Eigenkapital zu decken, solange das Eigenkapital mindestens 100 Mio. Franken beträgt.

3. Sinkt das Eigenkapital unter 100 Mio. Franken, hat der Landrat drei Möglichkeiten: Entweder weist er das Budget an den Regierungsrat zurück mit dem Auftrag, das Defizit auszugleichen, oder er gleicht das Defizit mit Budgetanträgen selbst aus. Oder er legt den Steuerfuss in Abhängigkeit der Höhe des Defizits zwischen 100 Prozent und 105 Prozent fest, d.h. die Steuern werden erhöht.

## editorial

## Höchste Zeit für eine Finanz-Diät!



**Christoph Buser**  
lic. rer. pol., Landrat  
Geschäftsführer Liga der  
Baselbieter Steuerzahler

**Trotz rekordverdächtiger Defizit-Serie und trotz Ermahnungen unseres Finanzdirektors lebt der Kanton Basel-Landschaft unbeirrt weiter auf grossem Fuss. Zusätzliche 17 Mio. Franken fürs Theater Basel, nochmals so viele Mio. Franken für die Universität Basel und die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW), ein 300 Mio. Franken teurer FHNW-Neubau in Muttenz und ein 240 Mio. Franken teurer Life-Sciences-Neubau in Basel: Das sind nur ein paar Beispiele für die grosszügige Ausgabenpolitik unseres Kantons.**

Aber auch verwaltungsintern verhält es sich nicht anders: Der Staatsapparat soll im nächsten Jahr um 130 Mio. Franken weiter aufgebläht werden. Diese Entwicklun-

gen sind kritisch zu hinterfragen. Schnellschuss-Massnahmen sind jedoch fehl am Platz. Grundsätzlich gilt es in dieser Sache überlegt vorzugehen.

Es ist höchste Zeit für eine Finanz-Diät. Das von der Regierung für den kommenden Frühling in Aussicht gestellte Sparpaket ist sehr willkommen. Die Liga unterstützt die Bemühungen des Finanzdirektors, ein strategisch gut aufgelegtes Sparpaket zu definieren. Dabei sind unbedingt auch die zahlreichen Aufgaben unseres Kantons zu überdenken.

### Helfen Sie mit!

Die «Liga Baselbieter Steuerzahler» stellt ein Versagen der Defizitbremse fest. Die Defizitbremse hat nicht etwa einen Sparanreiz gesetzt, sondern die Gefahr von Steuererhöhungen erhöht. Aufgrund die-

ses Systemversagens steht das Baselbiet kurz vor automatischen Steuererhöhungen. Die Liga verlangt deshalb eine Anpassung des Defizitbremse-Mechanismus.

Defizit hin oder her: Auch die Einkommenseite des Kantons verdient unsere Aufmerksamkeit. Im Baselbiet bezahlen 1,1 Prozent der Steuerzahler bereits heute 16 Prozent der Einkommenssteuer. Noch prekärer ist die Lage bei der Vermögenssteuer: 1,3 Prozent der Steuerpflichtigen bezahlen unglaubliche 61 Prozent der Steuereinnahmen. Damit leidet die Standortattraktivität des Baselbiets massiv. Es droht eine Negativspirale, die unseren Kanton im Steuerbereich zur Handlungsunfähigkeit führen wird.

**Helfen Sie mit, unseren Kanton steuerlich und finanziell fit zu halten und werben Sie mit uns zusammen neue Mitglieder für eine starke «Liga der Baselbieter Steuerzahler».**



Finanzdirektor Adrian Ballmers Weg zurück auf den «Pfad der Tugend»:

## «Baselbiet muss auch in schwierigeren Zeiten zum Steuersubstrat Sorge tragen»

Was unternimmt der Baselbieter Finanzdirektor Adrian Ballmer, um den Kanton – wie er gegenüber der BZ selbst gesagt hat – wieder auf den «Pfad der Tugend» zurückzubringen? Diesen und weiteren heissen Fragen stellt sich Regierungsrat Adrian Ballmer im Interview mit der Redaktion des «Liga-Letters». Für Ballmer ist klar: Nur so viel ausgeben, wie mit Einnahmen gesichert ist.

**Frage:** Über den Zustand der Baselbieter Staatsfinanzen wird nicht nur im Landrat heftig diskutiert. Was ist passiert?

**Adrian Ballmer:** Die Halbwertszeit des Wissens ist in der Politik sehr kurz. Wir haben einerseits eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hinter uns und wollen andererseits mehr, als wir uns leisten können. Dies zeigte der Finanzplan auch schon vor einem Jahr, aber jetzt stehen Wahlen vor der Tür!

**Aber der Kanton Basel-Landschaft budgetiert zum dritten Mal in Folge ein Defizit und die Aussichten sind nicht rosig!**

Die Defizite sind nicht schön, das ist unbestritten. Unbestritten ist auch, dass wir zuviel wollen. Wir planen und realisieren im Kanton Basel-Landschaft mehr, als wir uns leisten können. Das Problem liegt klar auf der Aufwandseite. Der Staatshaushalt ist in diesem Bereich strukturell überlastet. Das Leiden kommt also vom Wünschen her.

Aber lassen Sie mich eines deutlich sagen: Der Kanton Basel-Landschaft steht nach wie vor gut da. Seit dem Jahr 2001 wird der Kanton von der Ratingagentur Standard & Poor's ohne Unterbruch mit dem AAA ausgezeichnet. Die drei A stehen vor allem für die hohe Kreditwürdig-

keit des Kantons. Standard & Poor's attestiert dem Kanton Basel-Landschaft wörtlich «einen niedrigen Schuldenstand» und «eine hervorragende Position von liquiden Mitteln und kurzfristigen Anlagen sowie einen sehr guten Zugang zum Finanzmarkt». Von «Nicht-mehr-zahlen-können» ist also keine Rede. Das Baselbiet bleibt voll handlungsfähig!

**Wie ist es denn zur strukturellen Überlastung der Aufwandseite gekommen?**

Ich habe bei der Präsentation des Budgets 2011 gezeigt, wie der konsolidierte Gesamtaufwand in der Erfolgsrechnung von 2006 bis zum Budget 2011 wächst: um über satte 250 Millionen Franken! Die grössten Brocken beim Mehraufwand befinden sich im Transferbereich, der sich der Steuerung durch den Regierungsrat – zumindest kurzfristig – grösstenteils entzieht. Mehrkosten entstehen beispielsweise bei den Prämienverbilligungen, bei den Ergänzungsleistungen AHV/IV, bei den Investitionsbeiträgen für die Alters- und Pflegeheime und im Bildungsbereich (Sonderschulung, Universität Basel und Fachhochschule Nordwestschweiz).

Vergleicht man die Aufwandseite mit der Ertragsseite, genauer mit den Ertragsausfällen durch Steuerreformen, denn darum drehen sich ja die politischen

Diskussionen, dann ergeben sich zwei Aussagen: Bei der statischen Betrachtung der Steuerausfälle – also ohne Veränderung des Steuersubstrats – ergibt sich im gleichen Zeitrahmen ein Ertragsrückgang von rund 125 Millionen Franken, also der Hälfte des Aufwandwachstums. Bei der dynamischen Betrachtung der Steuerausfälle – also mit dem Wachstum des Steuersubstrats – ergibt sich ein Ertragsrückgang von noch rund 35 Millionen Franken, also nur noch einem Siebtel des Aufwandwachstums. Es zeigt sich also klar, dass das Problem auf der Aufwandseite viel grösser ist als die Ertragsausfälle infolge verschiedener Steuerreformen.

Dazu kommt, dass die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise und die damit verbundenen Ausfälle bei den Steuern die strukturelle Überlastung noch klarer sichtbar gemacht haben.

**Die Linksparteien sagen, dass die realisierten Steuerpakete falsch und reine Geschenke gewesen seien.**

Ich sage etwas anderes: Der Regierungsrat «verschenkt» keine Steuererträge. Wer auf den intensiven Wettbewerb der Kantone bei den Steuern nicht reagiert, behält sein Steuersubstrat nicht und gewinnt kein neues hinzu, sondern droht auf die Verliererseite zu geraten. In jüngster Zeit lässt sich zum Beispiel feststellen, dass gut gebildete und gut verdienende Ausländerinnen und Ausländer sich vermehrt im Kanton Basel-Stadt niederlassen und nicht mehr wie früher automatisch im Baselbieter «Speckgürtel» eine Bleibe finden. Und umgekehrt ziehen Baslerinnen und Basler immer öfter ins noch steuergünstigere Fricktal und nicht mehr ins Baselbiet. Die realisierten Steuerpakete sind also eine gezielte und notwendige Förderung des Standortes Baselland und eine unabdingbare Pflege des Steuersubstrats!

## zur person



Regierungsrat **Adrian Ballmer**  
Finanzdirektor Kanton Basel-Landschaft

Jahrgang 1947; Bürger von Liestal und Lausen; wohnhaft in Liestal; verheiratet, zwei erwachsene Kinder; zwei Grosskinder; Beruf: lic. iur., Rechtsanwalt;

1978-2000: Geschäftsleitungsmitglied der Elektra Birseck (EBM), Münchenstein; verantwortlich für den Bereich Kommunikation (wie Informatik, Public Relations, Energie- und Umweltberatung, Rechtsdienst);

1991-1999: Mitglied des Landrates des Kantons Basel-Landschaft;

Seit 1.7.2000: Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft als Vorsteher der Finanz- und Kirchendirektion; 2004/ 2005 und 2008/2009: Präsident des Regierungsrates des Kantons Basel-Landschaft;

Hobbies: Sammeln von Aphorismen und Reisen nach Schottland (Mitglied der Scotch Malt Whisky Society).

**Gibt es denn konkrete Hinweise auf Probleme beim Steuersubstrat?**

**Fortsetzung auf Seite 3**

### Fortsetzung von Seite 1

schon bald aufgebraucht sein. Dann tritt die dritte und letzte Massnahme der Defizitbremse in Kraft: Eine erzwungene Steuererhöhung! Diese Massnahme war eigentlich als absolute Notlösung eingeführt worden, und bei der Einführung der Defizitbremse dachte man wohl nicht im Traum daran, dass diese «Notbremse der Defizitbremse» bereits wenige Jahre später aktuell werden könnte.

### Bequemer Hinterausgang für Geldverschwender

Die Defizitbremse ist ein klassisches Beispiel einer Massnahme, welche eigentlich in guter Absicht eingeführt worden ist, deren Anreize aber nicht greifen, weil sie völlig falsch ausgestaltet wurden. Insbesondere greifen sie nicht, weil den Leuten, die das Geld gerne mit beiden Händen zum Fenster hinauswerfen, bei der Defizitbremse ein bequemer Hinterausgang offen gelassen wurde: dass sie nämlich eine Steuererhöhung einführen können, für die schlussendlich niemand geradestehen muss. Die Verantwortung kann wahlweise auf die Defizitbremse, auf die anderen Budgetposten oder sogar auf das Volk abgeschoben werden. Der von linksgrünen Kreisen erzwungene Zwang zur Steuererhöhung hätte niemals gesetzlich verankert werden dürfen.

Dieser Teil des Gesetzes widerspricht jeglichen marktwirtschaftlichen Grundsätzen! Es ist das Gleiche, als ob man in einem Arbeitsvertrag den Chef (hier: das Volk) dazu verpflichtet, seinem Angestellten (hier: die Regierung) eine Lohnerhö-



Beteiligung von BL am Life-Sciences-Bau muss überdacht werden. BILD JURYBERICHT BL/BS

hung zu geben, wenn dieser besonders schlecht arbeitet.

### Weitere Einsparungen und mehr Effizienz in der Verwaltung

Die Liga der Baselbieter Steuerzahler fordert deshalb eingreifende und umgehende Massnahmen. Der Baselbieter Haushalt weist ein strukturelles Defizit von sage und schreibe 120 Mio. Franken auf – insbesondere durch die exorbitant steigenden Personalkosten. Es ist an der Zeit, ein grosses Sparpaket zu schnüren. Dies muss nicht überhastet und durch Schnellschüsse geschehen, doch muss es bald und insbesondere wirkungsvoll sein.

Wirkungsvoll in diesem Sinne heisst, vor allem strukturell. Die Kosten müssen dort gesenkt werden, wo man nicht nur durch Alibi-Sparen für dieses Jahr Geld einspart, sondern auch für die nächsten

Jahre. Zudem überweist der Landkanton dem Stadtkanton riesige Summen für sogenannte «Zentrumslasten» (Theater, Universität usw.), ohne dabei ein angemessenes Mass an Mitspracherecht bei der Kostenplanung und Prioritätensetzung zu erhalten.

### Ohne Mitsprache dürfen keine Steuergelder mehr gratis in die Stadt transferiert werden.

Die luxuriösen Neubauten, wie der 240 Millionen Franken teure Life-Sciences-Bau in Basel oder der 300-Millionen-Neubau der Fachhochschule Muttentz müssen gründlich überdacht und die Kosten für den Landkanton zwingend gesenkt werden. Ohne Mitspracherecht

dürfen keine unnötigen Steuergelder mehr gratis und franko in die Stadt transferiert werden.

### Liga fordert wirksame Massnahmen

Die Liga der Baselbieter Steuerzahler warnte bereits letztes Jahr vor einer möglichen Steuererhöhung durch die Schuldenbremse. Im November 2009 schrieb sie in einer Pressemitteilung, dass der Kanton seine jährlichen Ausgabenekapaden zurückschrauben müsse, und sich von allen «nice-to-have»-Aufgaben befreien soll.

Die Liga erwartet, dass die Regierung den Sparauftrag, den ihr das Volk im Februar 2008 mit der Defizitbremse erteilt hat, ernst nimmt, und nicht nur kosmetische, sondern reale Korrekturen vornimmt. Insbesondere darf sie sich nicht mehr von staatsgläubiger Seite zu unnötigen Ausgabenekapaden hinreissen lassen. Es ist nicht der Zeitpunkt, sich nun irgendwelche sozialistischen Wunschträume zu erfüllen.

Es ist noch nicht zu spät, aber es ist fünf vor zwölf! Deshalb sieht es die Liga der Baselbieter Steuerzahler als ihre Aufgabe und Pflicht, die Bevölkerung auf diese Missstände hinzuweisen, und fordert sofortige Sparmassnahmen. Die Liga fordert, hofft und glaubt, dass dies der Regierung gelingen kann, sofern sie denn will und sich nicht in die Knie zwingen lässt, sondern das Sparprogramm eisern durchsetzt. Wenn der Kanton weiterhin so sorglos wirtschaftet und das Geld zum Fenster hinauswirft, wird am Ende der Baselbieter Steuerzahler die Rechnung zahlen.

## Fortsetzung von Seite 2

Hinweise haben wir beim Ressourcenindex erhalten, aber noch keine erhärteten Fakten. Der Ressourcenindex gibt an, wie hoch das Ressourcenpotenzial eines Kantons hinsichtlich der fiskalisch verwertbaren Wertschöpfung ist. Der Ressourcenindex des Kantons Basel-Landschaft für das Jahr 2011 ist gegenüber dem Vorjahr von 101.2 um 3 Indexpunkte auf 98.2 Punkte zurückgegangen. Mit diesem Indexrückgang rutscht der Kanton erstmals in die Gruppe der sogenannten ressourcenschwachen Kantone ab. Alle Komponenten des Ressourcenindex haben sich für 2011 im Vergleich zu 2010 im Kanton Basel-Landschaft weniger dynamisch entwickelt als im schweizerischen Durchschnitt. Zwischen 2003 und 2007 ist das schweizerische Ressourcenpotenzial um 25 Prozent gewachsen, dasjenige des Kantons Basel-Landschaft lediglich um 14 Prozent. Das Baselbiet hat also nicht die Dynamik der sieben vor ihm klassierten Kantone. Es steht aber immer noch relativ gut da. Das Ressourcenpotenzial ist ja nicht zurückgegangen, es konnte einfach nicht mit dem Wachstum der Spitze mithalten.

Die grössten Differenzen zum Wachstum der Spitze ergeben sich bei den Vermögen natürlicher Personen und bei den Gewinnen juristischer Personen. Hier können wir im Baselbiet im Moment nicht mehr mithalten. Der Regierungsrat hat den Handlungsbedarf schon vor einiger Zeit erkannt. Die Vorlage mit Korrekturen bei der Vermögenssteuer liegt fertig ausgearbeitet in der Schublade. Ich bin fest entschlossen, sie da bald herauszuholen. Das Baselbiet muss auch in schwierigeren Zeiten Sorge zu seinem Steuersubstrat tragen. Alles andere wäre fahrlässig.

**Wie beurteilen Sie den intensiven Wettbewerb der Kantone bei den Steuern? Macht er Sinn oder ist er ruinös?**

Den zunehmenden Steuerwettbewerb beobachte ich von zwei Seiten aus. Einerseits bin ich überzeugt, dass der Steuerwettbewerb in der Schweiz eine positive Wirkung hat: Er sorgt dafür, dass die

Bürgerinnen und Bürger nicht übermässig mit Steuern belastet werden, dass die Behörden sorgfältig mit den Steuereinnahmen umgehen, und der Wettbewerb macht die Schweiz für ausländische Personen und Unternehmen attraktiv.

Andererseits sehe ich, wie der Druck auf unseren Kanton steigt. Es gibt Handlungsbedarf bei der Vermögensbesteuerung, wie ich vorher gesagt habe. Die Herausforderung besteht darin, das richtige Bündel an öffentlichen Leistungen und Abgaben zu finden und sicherzustellen, dass die öffentlichen Leistungen effektiv und effizient erbracht werden. Auf einen kurzen Nenner gebracht: Die Schweiz ist gerade wegen ihres Föderalismus so kompetitiv und nicht trotz ihres Föderalismus!

**Kehren wir zurück zur aktuellen Lage der Finanzen: Sie vergleichen den Staatshaushalt oft mit einem Ozeandampfer. Wie kriegen wir den Dampfer wieder auf Kurs und unter Volldampf?**

Die Regierung sieht im Finanzplan vor, das Defizit in der Erfolgsrechnung in drei Schritten zu reduzieren: Im Jahr 2011 auf 80 Millionen Franken, im Jahr 2012 auf 40 Millionen Franken und im Jahr 2013 sollte der Finanzhaushalt wieder ausgeglichen sein, also kein Defizit mehr aufweisen. Mit dem Budget 2011 sind wir nach den Anträgen des Regierungsrates vom 10. November 2010 mit einem operativen Ergebnis in der Erfolgsrechnung von -77.2 Millionen Franken in diesem Fahrplan. Wir sind also auf Kurs und wollen mit der Unterstützung der eingeleiteten Aufgaben- und Ausgabenüberprüfung das gesetzte Ziel erreichen. Der Regierungsrat nimmt sich dabei bewusst Zeit über drei Planungsjahre, denn die Steuerung des Staatshaushaltes ist diffizil und der Bremsweg bei einem Ozeandampfer lang. Hauruckübungen auf die Schnelle bringen wenig und gefährden die Stabilität des Schiffes!

**Wo setzt der Regierungsrat konkret an?**

Der Kanton muss vor allem seine Planungsprozesse im Bereich der Finanzen und der Investitionen verbessern. Dem

Regierungsrat werden rechtzeitig auf den Beginn des neuen Jahres verbesserte Planungs- und Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung stehen. Der Finanzplan wird von einer unbearbeiteten Wunschliste zu einem Businessplan mit Priorisierungen und Staffellungen weiter entwickelt. Das Gleiche gilt auch für das Investitionsprogramm, das durch die Weiterentwicklung zu einem realistischen und realisierbaren Programm werden soll. Die Basis für die Weiterentwicklung von Finanzplan und Investitionsprogramm bildet ein optimiertes Verfahren zur Priorisierung und Posteriorisierung von neuen Vorhaben und Investitionen. Diesem Punkt kommt zentrale Bedeutung zu. Denn in der Vergangenheit ist es immer wieder vorgekommen, dass ein einzelnes Vorhaben oder eine Investition Eingang in den Finanzplan, das Investitionsprogramm oder das Budget gefunden hat, ohne dass die Regierung diesem Geschäft mit einem spezifischen Entscheid die notwendige Priorität zugesprochen hat.

**Wie kommen wir zu den notwendigen Entlastungen in Millionen-Höhe?**

Der Regierungsrat hat den Schlussbericht zur Analyse der Aufgabenportfolios aller Dienststellen am 30. November 2010 verabschiedet. Dieser Bericht liefert konkrete Hinweise und Vorschläge, bei welchen Punkten der Regierungsrat bei der Verschiebung von Vorhaben, bei der Reduktion von Ausgaben oder beim Abbau von Aufgaben ansetzen kann. Am 14. Dezember 2010 wird die Regierung den Prozess und die finanziellen Zielvorgaben für die strategische Entlastung des Staatshaushaltes beschliessen. Die vorgesehene Arbeitsgruppe wird ihre Arbeit am 17. Dezember 2010 aufnehmen. Ziel ist es, dass der Regierungsrat das Entlastungspaket an einer Klausursitzung Ende März 2011 verabschieden kann.

Etwas ist dabei ganz zentral: Es müssen alle Beteiligten mithelfen, den Staatshaushalt im Rahmen der laufenden Überprüfung der Aufgaben und der Ausgaben kräftig zu entlasten. Regierung und Parlament, Verwaltung und politische Parteien, und auch das Volk: Alle sind ge-

## kurzporträt

### Die Ziele der Liga der Baselbieter Steuerzahler:

- Keine weitere Erhöhung der Staatsquote
- Vehementer Widerstand gegen schleichende Steuererhöhungen
- Erhalt der kantonalen Steuerhoheit
- Kantonale Ausgaben- und Schuldenbremse
- Abbau der Regulierungsdichte
- Plafonierung der Abgeltungsbeiträge für Zentrumsleistungen
- Baselbieter Bausparmodell auf eidgenössischer Ebene
- Weniger Perfektionismus im öffentlich Bauwesen
- Reduktion der Vermögenssteuer
- Durchsetzung des Doppelbesteuerungsverbot
- Einführung eines proportionalen Ertragssteuersatzes
- Keine bzw. tiefe Erbschaftssteuern

### Interessenvertretung der Steuerzahler dank:

- Permanenter Beobachtung und fundierten Analysen der Baselbieter Steuerpolitik
- Klaren Positionen bei der Ausgestaltung staatlicher Fiskalinstrumente
- Rechtzeitiger Einflussnahme gegenüber Behörden und Parlament
- Eigenen Steuer-Initiativen und aktiver Abstimmungskampfführung

Werden Sie Mitglied der Liga der Baselbieter Steuerzahler.

Mehr Informationen unter:

[www.steuerzahler-bl.ch](http://www.steuerzahler-bl.ch)

fordert, über ihren Schatten zu springen und sich für das übergeordnete Wohl des Kantons Basel-Landschaft einzusetzen. Ich bin überzeugt, dass wir auf diese Weise eine von der Defizitbremse ausgelöste Steuererhöhung vermeiden können.

## Positionspapier der Handelskammer beider Basel:

# Baselland ist alles andere als steuergünstig

**Die Handelskammer beider Basel (HKBB) fordert die Regierung, aber auch die Gemeinderäte im Kanton Basel-Landschaft auf, die Kapitalsteuerbelastung juristischer Personen sowie die Vermögenssteuerbelastung natürlicher Personen deutlich zu reduzieren. Diese Forderungen stellte die HKBB im Februar dieses Jahres in einer Medienmitteilung.**

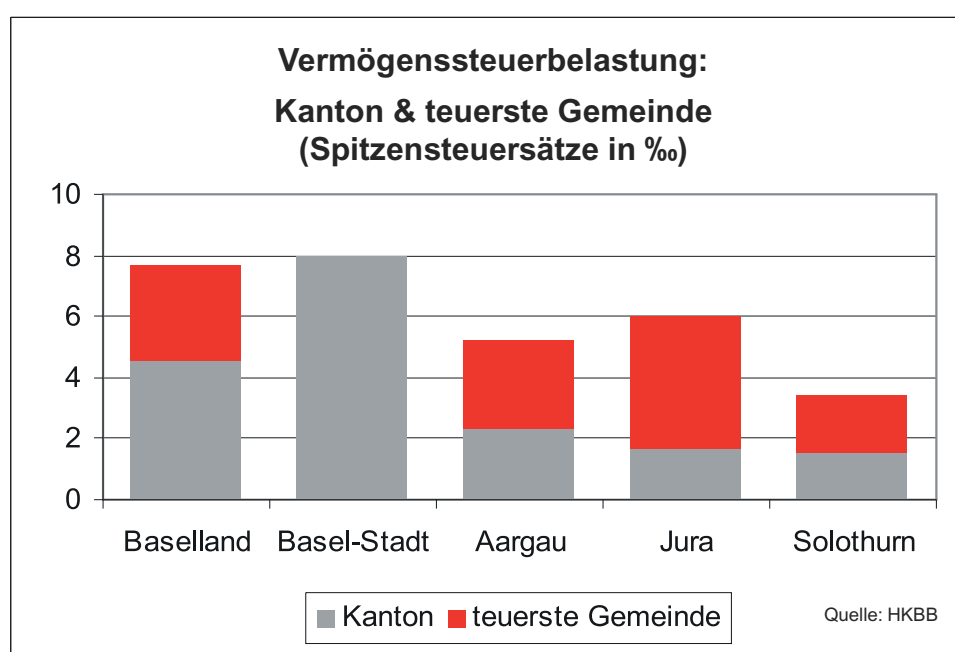
Obwohl sich die steuerliche Belastung im Kanton Basel-Landschaft in den vergangenen Jahren laufend verbessert habe, sei der Kanton im gesamtschweizerischen Vergleich nach wie vor nicht steuergünstig, hält die HKBB fest. Mit ihrem Positionspapier möchte die HKBB aufzeigen, dass das Baselbiet im Vergleich mit den Nachbarkantonen sowohl bei der Kapitalbesteuerung juristischer Personen als auch bei der Vermögensbesteuerung natürlicher Personen eine hohe Belastung aufweist.

### Knackpunkt Gemeindesteuern

Dabei würden die Gemeindesteuern eine wesentliche Rolle spielen, schreibt die HKBB. Deshalb fordert die HKBB die Gemeinden auf, die Möglichkeit zur Anrechnung der Gewinn- an die Kapitalsteuer so rasch wie möglich auch auf kommunaler Ebene umzusetzen, um dadurch für erfolgreiche Unternehmen attraktiv zu werden. Sollten die Gemeinden die Anrechnung der Gewinn- an die Kapitalsteuer nicht einführen, so sei die Baselbieter Regierung aufgefordert, die Bandbreite innerhalb welcher die Gemeinden den Kapitalsteuersatz festlegen können, deutlich herabzusetzen.

### Klare Forderung der Liga

Die Liga der Baselbieter Steuerzahler hat sich in ihrer Stellungnahme zur Vernehmlassung betreffend Teilrevision der Kantonsverfassung und des Gemeindegesetzes, bei der unter anderem die Anrechnung der Gewinn- an die Kapitalsteuer auf Gemeindeebene geregelt



wird, dafür eingesetzt, dass die Gemeinden diese Anrechnung umzusetzen haben. Die Vorlage zur Vernehmlassung sieht lediglich eine freiwillige Einführung über ein Reglement vor.

### Zu hohe Vermögensbesteuerung

In ihrem Positionspapier fordert die HKBB den Kanton Basel-Landschaft zudem auf, den Kapitalsteuersatz für Holdinggesellschaften sowohl bei der Staats-

als auch bei der Gemeindesteuer mindestens auf 0,05% zu halbieren. Auch bei der Vermögenssteuer sieht die HKBB – wie übrigens auch die Liga – Handlungsbedarf: Der Spitzensteuersatz ist auf den gesamtschweizerischen Durchschnitt von 5% inklusive Gemeindesteuern zu senken. Daniela Schneeberger, Landrätin

Positionspapier der HKBB im Wortlaut: [www.hkbb.ch/Positionspapiere](http://www.hkbb.ch/Positionspapiere)



# Nur ein schlanker Staat ist auch ein gesunder Staat

Die Liga der Baselbieter Steuerzahler hat ihre Mitglieder an der Generalversammlung vom 24. März 2010 in den Räumlichkeiten der EBL in Liestal über die Geschäftsjahre 2008 und 2009 sowie über die weitere strategische Stossrichtung, aber auch über aktuelle Bestrebungen informiert. Einstimmig gewählt wurde Gilbert Hammel als neuer Präsident, während Urs Steiner nach zehnjähriger Präsidentschaft feierlich verabschiedet und zum Ehrenmitglied gewählt wurde. Für ein höchst interessantes Gastreferat war Nationalrat und Finanzexperte Hans Kaufmann besorgt, der vor einer stetig zunehmenden Staatsquote warnte.

Zum letzten Mal im Amt als Präsident begrüsst Urs Steiner die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Generalversammlung der Liga der Baselbieter Steuerzahler, die sich getreu ihrem Credo bereits seit 56 Jahren dafür einsetzt, dass der Staat bei der Steuererhebung ein vernünftiges Mass hält.

## Neuer Präsident und Ehrenpräsident

In Anerkennung seiner 10-jährigen Präsidentschaft wurde Steiner von der Versammlung zum Ehrenmitglied gewählt. Auch unter dem neuen, einstimmig gewählten Präsidenten **Gilbert Hammel** gilt nach wie vor das Motto «dran bleiben» an der Bewahrung und Förderung der Standortvorteile des Baselbiets für Private und Unternehmen, aber auch am Stopp des Ausufers der öffentlichen Ausgaben. Der frisch gewählte Präsident, der als Treuhand- und Bankfachexperte direkt am Puls der Steuerzahler tätig ist, machte denn auch keinen Hehl daraus, ebendiese Ziele nachhaltig verfolgen zu wollen: «Nur ein schlanker Staat ist ein gesunder Staat», schloss Hammel seine Antrittsrede.

## «Etappensieg» der Liga

Die Meilensteine der Berichtsperiode präsentierte der Liga-Geschäftsführer, Landrat **Christoph Buser**. Erfreut zeigte er sich über die klare Annahme der Unternehmenssteuerreform II sowie der Erbschafts- und Schenkungssteuerreform bei der Volksabstimmung im Herbst 2009. Die Liga hat sich im Vorfeld der Abstimmungen für ein Ja stark gemacht.



Klares Vertrauensvotum bei der Neu- und Wiederwahl der Vorstandsmitglieder.

Buser hielt aber auch fest, dass es sich hierbei lediglich um einen «Etappensieg» auf dem Weg zur Förderung der Stand-



Gastreferent Nationalrat Hans Kaufmann.



Dank an den ausscheidenden Präsidenten Urs Steiner (r.) durch Dieter Völlmin.

ortattraktivität des Kantons Basel-Landschaft handle. Ein weiteres Highlight war die erste Ausgabe des «LigaLetter», dem neuen Publikationsorgan, das auf ein durchwegs positives Echo gestossen ist und künftig regelmässig erscheinen soll.

## Vorstand kompetent aufgestockt

Die Versammlung wählte neben dem neuen Präsidenten einstimmig die Vorstandsmitglieder Landrat **Christoph Buser** (Geschäftsführer), Nationalrat **Caspar Baader**, Dr. **Markus Bürgin**, Nationalrat **Hans Rudolf Gysin**, e. Nationalrat **Walter Jermann**, Gemeinderat **Uwe Klein**, Landrat **Hans-Jürgen Ringgenberg**, Dr. **Hans Peter Salzgeber**, Landrätin **Daniela Schneeberger** und **Andreas Zbinden** für zwei weitere Wahlperioden.

Urs Steiner bedauerte den Rücktritt des langjährigen Vorstandsmitglieds **Franz Keiser**. Ebenso zu bedauern sei der Rücktritt von **Dr. Dieter Völlmin**, der im April aufgrund seines neuen Amtes als Präsident der kantonalen Taxationskommission seinen Rücktritt bekannt gab. Dafür neu im Vorstand sind **Jörg Felix** sowie **Dr. Hubertus Ludwig**.

## Wie viel Staat können wir uns noch leisten?

Nach Abschluss der ordentlichen Traktanden begeisterte der Gastreferent, Nationalrat **Hans Kaufmann** (ZH), mit einer äusserst interessanten Präsentation unter dem Titel «Wie viel Staat können wir uns noch leisten?». Der Finanzexperte zeigte auf, wie drastisch sich die

## schlusswort

### Wir fordern Taten statt Worte!



**Gilbert Hammel**  
Präsident Liga

Um unsere Staatsfinanzen ist es schlecht bestellt. Dies alleine der Finanz- und Wirtschaftskrise zuzuschreiben, würde zu kurz greifen. Denn: Seit geraumer Zeit weist unser verantwortungsvoller Finanzdirektor darauf hin, dass wir über die Verhältnisse leben. Das ungebremste Ausgabenwachstum hat uns in die «Bredouille» gebracht. Bei den laufenden Ausgaben ist daher auch konsequent der Sparhebel anzusetzen. Sämtliche Bereiche sind auf Einsparungsmöglichkeiten zu durchforsten. Auch die Bildungsausgaben sind einer kritischen Prüfung zu unterziehen, denn nicht jeder Franken in die Bildung ist ein gut investierter Franken.

### Vermögenssteuer muss runter!

Die Defizitbremse ist kein wirksames Instrumentarium, der Ausgabenflut Herr zu werden, sondern eine eigentliche Defizitgarantie. Die Zeche wird den Steuerzahlern aufgebürdet. Noch vor Jahresfrist wurde die längst fällige Reduktion der Vermögenssteuer angekündigt. In der neuen Finanzplanung ist dieses dringliche Vorhaben nun nicht mehr enthalten und auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben. Dies ist nicht akzeptabel und schadet unserer Wettbewerbsfähigkeit.

### Opfer sind nötig

Regierungsrat und Parlament stehen in der Verantwortung. Gefordert sind keine Schalmeyenklänge, sondern mutige Taten. Ohne einschneidende Massnahmen und Opfer wird es nicht gehen. Die Liga der Baselbieter Steuerzahler wird die Entwicklung aufmerksam verfolgen und gegebenenfalls mit einer Initiative dem wilden Ausgabenwachstum entgegenzutreten.

G.H.

Staats- und Soziallastquote in der Schweiz in den letzten Jahrzehnten gesteigert hat. Vor dem Hintergrund von Auswirkungen der Globalisierung und der demographischen Entwicklung seien die Prognosen für die Staatsfinanzen düster. Die Tendenz der steigenden Staatsausgaben gelte es deshalb zwingend zu bekämpfen. In dieser Frage darf der Bundesparlamentarier auf vollumfängliche Unterstützung der Liga der Baselbieter Steuerzahler zählen.

R. H.

## vorstand



**Gilbert Hammel**  
Präsident,  
Partner Tretor AG



**Caspar Baader**  
Nationalrat,  
Gelterkinden



**Christoph Buser**  
Geschäftsführer,  
Landrat, Füllinsdorf



**Dr. Markus Bürgin**  
Binningen



**Hans Rudolf Gysin**  
Nationalrat,  
Pratteln



**Jörg Felix**  
Röschenz



**Walter Jermann**  
e. Nationalrat,  
Dittingen



**Uwe Klein**  
e. Landrat,  
Pratteln



**Dr. Hubertus Ludwig**  
Sissach



**Hans-Jürgen Ringgenberg**  
Landrat, Therwil



**Dr. Hans Peter Salzgeber**  
Gelterkinden



**Daniela Schneeberger**  
Landrätin, Thürnen



**Andreas Zbinden**  
Liestal

**Adresse:**  
Liga der Baselbieter Steuerzahler  
Haus der Wirtschaft  
Altmarktstrasse 96  
4410 Liestal

**Mail:**  
info@steuerzahler-bl.ch

**Internet:**  
www.steuerzahler-bl.ch